Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1290

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

84. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 18. Januar 1967

85. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 19. Januar 1967

86. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 20. Januar 1967

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

I. 1. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

In welchem Verhältnis zu der Höhe des Beitrags, den die Bundesrepublik für eine Radioanlage in Mogadischu geleistet hat, standen die Reise- und Aufenthaltskosten der 44köpfigen deutschen Delegation anläßlich der Einweihung dieses Senders?

I. 2. Abgeordneter **Dorn**

In welcher Weise wird die Bundesregierung die Ankündigung des Stellvertretenden Bundespressechefs, Conrad Ahlers, verwirklichen, nach der ohne Geheimnistuerei die volle parlamentarische Kontrolle des Titels 300 hergestellt werden soll?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

II. 1. Abgeordneter **Dr. Kübler**

Wie viele Brautpaare haben seit dem August 1963 über die Zonengrenze hinweg eine Heiratsmöglichkeit bekommen?

II. 2. Abgeordneter **Dr. Kübler**

Wie berät die Bundesregierung heiratswillige Verlobte, die durch die Zonengrenze getrennt sind?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

III. 1. Abgeordneter **Ollesch**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um beispielsweise durch Änderungen im Versicherungs- und Kriegsopferversorgungsrecht weiteren Hilfskräften die Ganztags- oder Teilzeitarbeit attraktiver zu machen als bisher?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 2. Abgeordneter **Ruf**

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend einer von Senatspräsident Dr. König auf einer Pressekonferenz des Bundesarbeitsgerichts gegebenen Anregung, das Kündigungsschutzgesetz zu ergänzen und für den Fall einer treuwidrigen Kündigung auch die leitenden Angestellten in den allgemeinen Kündigungsschutz einzubeziehen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

IV. 1. Abgeordneter **Bühler**

Trifft die Angabe in „Christ und Welt", 1967 Nr. 52 Seite 10, zu, wonach im Senegal das modernste deutsche Krankenhaus leersteht?

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Kempfler**

Sind Pressemeldungen, die behaupten, daß in Diourbel (Senegal) bereits im Mai 1966 das Heinrich-Lübke-Krankenhaus eingeweiht wurde, eine Teilinbetriebnahme durchaus möglich wäre, das Krankenhaus aber bis jetzt den Patienten noch nicht zugängig gemacht wurde, richtig?

V. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

V. 1. Abgeordneter **Dr. Rau**

Treffen Pressemeldungen von Mitte Dezember 1966 zu, wonach auf Veranlassung des damaligen und jetzigen Bundesinnenministers durch Erlaß des Auswärtigen Amtes — Az.: II A 7 - 85 - 30 - 1 - 4989 - 1966 - VS Vert. — vom 18. November 1966 fünf deutsche Botschaften angewiesen wurden zu ermitteln, ob in ihren Gastländern gesetzliche Grundlagen bestehen, „Personen, die als gefährlich für die Sicherheit des Staates angesehen werden können" ohne richterlichen Haftbefehl während eines Notstandes zu internieren?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wie ist der Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Entsendestaaten über die rechtliche Gleichstellung und soziale Sicherung der bei den alliierten Stationierungsstreitkräften beschäftigten Personen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

V. 3. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**

Warum gehören — Pressemeldungen zufolge — zwar die Volksrepublik China und andere asiatische Staaten, nicht aber die Sowjetunion zum Osteuropa-Referat des Auswärtigen Amtes?

V. 4.	**Abgeordneter Dr. Schulze-Vorberg**	Wie beurteilt die Bundesregierung die kritischen Äußerungen des französischen Staatspräsidenten über das amerikanische Engagement in Vietnam — insbesondere im Hinblick auf den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag?	
V. 5.	Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**	Welche Erfahrungen gewann die Bundesregierung durch die deutsche Architekturausstellung in drei sowjetischen Städten für die deutsch-sowjetischen Beziehungen?	

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VI. 1.	Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Ist die Bundesregierung bereit, den Gemeinden im Zonenrandgebiet Zuwendungen für den Ausbau und die Erhaltung von Wirtschaftswegen im Zonenrandgebiet zu gewähren, die durch die Benutzung von Fahrzeugen des Bundesgrenzschutzes erheblich beschädigt werden?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (VI. 1.–3.)
VI. 2.	Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Ist eine Koordinierung der für den Wirtschaftswegebau im Zonenrandgebiet vorgesehenen Mittel innerhalb der Bundesregierung erfolgt?	
VI. 3.	Abgeordneter **Baron von Wrangel**	Nach welchen Gesichtspunkten kann das Bundesinnenministerium den finanziell schwachen Gemeinden im Zonenrandgebiet behilflich sein, die Schäden, die durch die Benutzung von Fahrzeugen des Bundesgrenzschutzes entstehen, auszugleichen?	
VI. 4.	Abgeordneter **Mertes**	Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis der Untersuchung des amerikanischen Instituts für Informationsfreiheit an der Universität von Missouri, wonach in der Reihe der Länder, in denen die Presse die größte Freiheit genießt, die Bundesrepublik Deutschland erst an zehnter Stelle steht?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (VI. 4.–6.)
VI. 5.	**Abgeordneter Mertes**	Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Jahresbericht des internationalen Presseinstituts in Zürich zu ziehen, wonach die Zukunft vieler Zeitungen in westlichen Ländern ebenso wie die Pressefreiheit selbst durch wirtschaftliche Konzentration und Monopolisierung gefährdet ist?	
VI. 6.	Abgeordneter **Mertes**	Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung angesichts der jüngsten Ereignisse im deutschen Pressewesen über das Fortbestehen einer mannigfaltigen und unabhängigen Presse in unserem Lande?	

VI. 7. Abgeordneter **Genscher**

Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß sich bis zur Verabschiedung einer deutschen Notstandsgesetzgebung auch die Alliierten bei der Ausübung der Vorbehaltsrechte nach Artikel 5 Absatz 2 des Deutschlandvertrages der Eingriffe in Grundrechte enthalten und die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie die Funktionsfähigkeit ihrer Organe achten?

VI. 8. Abgeordneter **Genscher**

Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß bis zur Verabschiedung einer deutschen Notstandsgesetzgebung bei der Ausübung der alliierten Vorbehaltsrechte nach Artikel 5 Absatz 2 des Deutschlandvertrages etwa mitwirkende deutsche Behörden in jedem Fall der Kontrolle durch die deutschen parlamentarischen Körperschaften — Bundestag, Landtage und kommunale Vertretungen — unterworfen bleiben?

VI. 9. Abgeordneter **Genscher**

Hält die Bundesregierung den Fortbestand der alliierten Vorbehaltsrechte nach Artikel 5 Absatz 2 des Deutschlandvertrages weiterhin für vereinbar mit den deutschlandpolitischen, außenpolitischen und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik?

VI. 10. Abgeordneter **Dröscher**

Handelt das Innenministerium in Mainz auf Anweisung der Bundesregierung, wenn es die Bezirksregierungen anweist, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln" die Chinesen durch die Ausländerbehörden ausweisen zu lassen?

VI. 11. Abgeordneter **Dröscher**

Welche sachlichen Hintergründe haben Pressenachrichten, daß sich die Bundesregierung bei befreundeten Regierungen nach den dort vorgesehenen Maßnahmen zur Einrichtung von Internierungs- oder Konzentrationslagern im Bedarfsfall erkundigt habe?

VI. 12. Abgeordneter **Josten**

In welcher Weise will die Bundesregierung dazu beitragen, daß im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung bei allen Behörden dem Formularunwesen Einhalt geboten wird?

VI. 13. Abgeordneter **Josten**

Liegen der Bundesregierung oder einzelnen Bundesbehörden von Organisationen, wirtschaftlichen Instituten oder einzelnen Personen konkrete und brauchbare Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung vor?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VII. 1. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10. Dezember 1966 zu ziehen, wonach die Grenze für die unbedingte Fahruntüchtigkeit im Straßenverkehr auf 1,3 Promille festgelegt wird?

VII. 2.	Abgeordneter **Dr. Wörner**	Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der auf dem in Frage VII/1 erwähnten Gebiet drohenden Rechtsunsicherheit zu begegnen?
VII. 3.	**Abgeordnete Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	Wurde entsprechend der Entschließung des Bundestages eine Große Strafverfahrenskommission und eine Große Strafvollzugskommission gebildet?
VII. 4.	Abgeordneter **Prochazka**	Welche Motive haben die Bundesregierung veranlaßt, dem Bundespräsidenten die Begnadigung des früheren Bundestagsabgeordneten Frenzel vorzuschlagen?
VII. 5.	Abgeordneter **Prochazka**	Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der Austausch eines Landesverräters Ansehen und Würde unseres Staates schädigt und auch im Hinblick auf die schweren Schäden, die der Landesverrat für unser gesamtes Volk mit sich bringt, nicht zu verantworten ist?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1.	Abgeordneter **Dr. Pohle**	Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, die Besteuerung der Personenkraftwagen unter Ausschaltung aller anderen in Anwendung befindlichen oder in Erwägung gezogenen Kriterien nach dem zulässigen Gesamtgewicht vorzunehmen, wie dies der Verband der Automobilindustrie e. V. in seiner Eingabe an das Bundesfinanzministerium vom 26. August 1963 vorgeschlagen hat?
VIII. 2.	Abgeordneter **Dr. Pohle**	Was hat die Bundesregierung auf die von der Generaldirektion „Wettbewerb" der EWG-Kommission vor einiger Zeit an die Mitgliedstaaten gerichtete Aufforderung veranlaßt, die Bemessungsgrundlage für die Kraftfahrzeugsteuer der Personenkraftwagen möglichst bald zu harmonisieren, um die infolge der bestehenden Unterschiede aufgetretenen Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen?
VIII. 3.	**Abgeordnete Frau Funcke**	Trifft es zu, daß die Kosten für Fortbildungslehrgänge in der Hauswirtschaft zur Ausbildung von Hauswirtschaftsmeisterinnen von der Einkommensteuer nicht als Fortbildungskosten abgesetzt werden können, obwohl die abgeschlossene Fortbildung die Berechtigung zur Ausbildung von Haushaltslehrlingen gibt?
VIII. 4.	Abgeordneter **Moersch**	Trifft ein Bericht der Deutschen Presseagentur zu, wonach der Bundesrechnungshof die Ausgaben für ein Symposium über Kreislaufforschung nicht anerkennen wollte mit folgender Begründung: „Ein Symposium ist lt. Duden ein Trinkgelage, es geht nicht an, daß Staatsgelder für diesen Zweck verwendet werden."?

VIII.	5. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Hält es die Bundesregierung nicht für geraten, die völlig ungleichmäßige Alkoholbesteuerung in Deutschland zu überprüfen mit dem Ziele, alle alkoholhaltigen Getränke nach ihrem Alkoholprozentgehalt zu besteuern?
VIII.	6. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Würde es sich nicht empfehlen, mit den betroffenen Wirtschaftszweigen die in Frage VIII/5 erwähnte Besteuerung so abzustimmen, daß die Besteuerung für die Betroffenen gerechter als bisher, für den Fiskus aber auch ertragreicher als bisher werden könnte?
VIII.	**7. Abgeordnete Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	Ist die Bundesregierung bereit, das Einkommensteuergesetz bzw. die Durchführungsverordnung und die Richtlinien so zu gestalten, daß auch junge Ehepaare Aufwendungen für die Einrichtung des gemeinsamen Hausstandes im Rahmen des § 33 EStG als außerordentliche Ausgaben berücksichtigen können?
VIII.	8. Abgeordneter **Meister**	Sind Pressemitteilungen, nach denen die Besteuerung eines besonderen Aufwandes erwogen wird, zutreffend?
VIII.	9. Abgeordneter **Meister**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Frage einer sogenannten Luxussteuer im Deutschen Bundestag bereits am 9. Oktober 1950 beraten und von allen Sprechern negativ beurteilt und in der Folge abgelehnt wurde?
VIII.	10. Abgeordneter **Meister**	Kann sich die Bundesregierung meiner Auffassung anschließen, daß der vermutete Ertrag einer derartigen in Frage VIII/9 erwähnten Sondersteuer so gering sein wird, daß die damit verbundenen wirtschaftlichen Schäden und sozialen Nachteile nicht vertreten werden können?
VIII.	11. Abgeordnete **Frau Funcke**	Sieht die Bundesregierung nicht einen Widerspruch zwischen Sinn und Absicht ihrer Vereinfachungsvorschriften und dem Urteil des Bundesfinanzhofs (IV 389/62), demzufolge Abschreibungen auf einen abnutzbaren Anlagegegenstand, der am 28. Dezember eines Jahres angeschafft wurde, nicht mehr für das Anschaffungshalbjahr zugelassen werden?
VIII.	**12. Abgeordnete Frau Funcke**	Was will die Bundesregierung tun, um die durch das Urteil des Bundesfinanzhofs (IV 389/62) entstandene Rechtsunsicherheit bei den Steuerpflichtigen, die bisher gemäß den Vereinfachungsvorschriften des Bundesfinanzministeriums verfahren sind, zu beseitigen?
VIII.	13. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**	Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß im Entwurf eines Ergänzungshaushaltsgesetzes 1967 (Drucksache V/1235) auf Seite 13 an zusätzlichen Aufwendungen für den Strassenbau (für Maßnahmen zur Verbesserung des

kommunalen Nahverkehrs) nur 440 Millionen DM eingesetzt sind, obwohl der Bundestag entsprechend dem Stenographischen Protokoll der 78. Sitzung vom 8. Dezember 1966 einstimmig beschlossen hat, das gesamte Aufkommen aus der Erhöhung der Mineralölsteuer um 3 Pfennig je Liter in Höhe von 660 Millionen DM im vollen Umfang für gemeindliche Verkehrsaufgaben zur Verfügung zu stellen?

VIII. 14. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Ist die Bundesregierung bereit, die im Artikel 8 § 4 des Steueränderungsgesetzes 1966 vom 23. Dezember 1966 genannten Richtlinien, nach denen das Mehraufkommen an Mineralölsteuer für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zu verwenden ist, vor der Verabschiedung in geeigneter Form auch dem Bundestag zur Stellungnahme zu unterbreiten?

VIII. 15. Abgeordneter **Dr. Müller-Hermann**

Werden die unter VIII/14 genannten Richtlinien so rasch verabschiedet sein, daß die zur Verfügung stehenden Mittel den Gemeinden zum frühesten Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden können?

VIII. 16. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Hat die Bundesregierung dafür Sorge getragen, die Vermögensverluste der aus ihrer Heimat vertriebenen 3½ Millionen Sudetendeutschen aufzuzeichnen, von denen zuletzt im Zusammenhang mit den Prager Gesprächen einer Delegation des Auswärtigen Amtes die Rede war?

VIII. 17. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Welches Ministerium wurde mit der Federführung der Erhebungen beauftragt, die zur Feststellung des verlorenen Nationalvermögens der in Frage VIII/16 erwähnten Deutschen owie anderer aus ihrer Heimat vertriebener deutscher Volksgruppen notwendig sind?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX. 1. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Satzung des Warentestinstituts in Berlin wesentliche Mängel aufweist?

IX. 2. Abgeordnete **Frau Kurlbaum-Beyer**

Hält die Bundesregierung den Aufwand des Warentestinstituts im Hinblick auf den Verkauf von nur etwa 40 000 Exemplaren der Testzeitschrift für gerechtfertigt?

IX.	3. **Abgeordnete Frau Kurlbaum-Beyer**	Hält es die Bundesregierung nicht für zweckmäßig, die für das Warentestinstitut im Haushaltsplan 1967 vorgesehenen Mittel so lange zu sperren, bis sichergestellt ist, daß die Warentests und deren Veröffentlichung so gestaltet werden, daß ein Maximum an Verbrauchern angesprochen und erreicht wird?
IX.	4. Abgeordneter **Dröscher**	Hält die Bundesregierung eine Preispolitik der großen Ölgesellschaften für zulässig, die den Verbrauchern in den marktferneren, insbesondere ländlichen Gebieten, welche schon in den letzten Wochen als Opfer des Preiskampfes stark überhöhte Benzinpreise zahlen mußten, nun die durch die höheren Mineralölsteuern entstandenen Zuschläge voll anlastet, anstatt endlich einen Ausgleich durch Auffangen der Erhöhung in den bisher bevorzugten Gebieten anzustreben?
IX.	5. Abgeordneter **Westphal**	Wann kann damit gerechnet werden, daß der Beirat nach § 3 des Gesetzes zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft vom 10. September 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 545) vom Bundeswirtschaftsminister berufen wird und beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft seine Tätigkeit aufnimmt?
IX.	6. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Problem der Möbelkennzeichnung im Interesse der einwandfreien Information des Verbrauchers zu lösen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

X.	1. Abgeordneter **Ertl**	Wie lange beabsichtigt die Bundesregierung die Förderungsmittel für die Agrarstrukturverbesserung zu sperren?
X.	2. Abgeordneter **Ertl**	Ist beabsichtigt, durch die verhängte Sperre für Mittel zur Verbesserung der Agrarstruktur die Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft einzuschränken oder umzustellen?
X.	3. Abgeordneter **Ertl**	Wird die Bundesregierung die Verpflichtungen aus dem EWG-Anpassungsgesetz, nachdem der Getreidepreis im Jahre 1967 gesenkt werden soll, erfüllen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XI.	1. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die „konkrete Feindbezeichnung" (als Staats- oder Volkszugehörige) bei Manövern und Übungen geeignet ist, einen politisch ungünstigen Effekt bei den übenden Soldaten bzw. in der Öffentlichkeit hervorzurufen?

XI. 2.	Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Bei Bejahung der Frage XI/1, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um in Zukunft sicherzustellen, daß bei Übungen und Manövern der jeweils angenommene Gegner nur noch mit neutralen Bezeichnungen versehen wird?
XI. 3.	Abgeordneter **Berkhan**	Stimmt es, daß der ehemalige Referent T IV 6 des Bundesverteidigungsministeriums, Regierungsdirektor a. D. Evers, zugegeben hat, daß er bestochen wurde?
XI. 4.	Abgeordneter **Berkhan**	Welche Informationen sind in Zusammenhang mit dem in Frage XI/3 erwähnten Sachverhalt dem Bundesverteidigungsministerium durch Angehörige verbündeter Nationen gegeben worden?
XI. 5.	Abgeordneter **Berkhan**	Gehört die Firma Sperry, eine Verteilerfirma von Sperry oder eine Lizenznehmerfirma von Sperry zu dem Kreis der Firmen, welche erfolglos oder erfolgreich den Versuch unternahmen, Angehörige oder Unterstellte des Bundesverteidigungsministeriums zu bestechen?
XI. 6.	Abgeordneter **Iven**	Stimmt es, daß die Sperry-Kreiselzentrale SYP 820 nach zwölf Erprobungsflügen ausgewählt wurde, obgleich keinerlei Kreiselzentralen von bekannten Konkurrenzfirmen für G 91 erprobt wurden?
XI. 7.	Abgeordneter **Iven**	Wann wurde die in Frage XI/6 erwähnte technische Erprobung abgeschlossen?
XI. 8.	Abgeordneter **Iven**	Mit welchem Datum ist die Beschaffungsfreigabe des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung für das in Frage XI/6 erwähnte Gerät versehen?
XI. 9.	Abgeordneter **Neumann (Stelle)**	Stimmt es, daß der Auftrag zur Beschaffung der Sperry-Kreiselzentrale SYP 820 — technisch und finanziell ein beachtliches Objekt — in außergewöhnlich kurzer Zeit durch den Geschäftsgang gepreßt wurde?
XI. 10.	Abgeordneter **Herold**	Stimmt es, daß der in Transall-Versuchsmustern eingebaute Autopilot SP 40 — Herstellerfirma Sperry — unbefriedigende Ergebnisse zeigt?
XI. 11.	Abgeordneter **Herold**	Hat der Regierungsdirektor a. D. Evers maßgeblich die Auswahl des Autopiloten SP 40 und die Auswahl der Sperry-Kreiselzentrale SYP 820 beeinflußt?

XI. 12. Abgeordneter **Wienand**	Wann wurde die Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung strafbarer Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Regierungsdirektor a. D. Evers stehen, erstmalig befaßt?
XI. 13. Abgeordneter **Wienand**	Hält der Bundesverteidigungsminister die im Verteidigungsausschuß gegebene Antwort auf Fragen der Bundestagsabgeordneten Berkhan und Wienand, die unter dem Aktenzeichen T/W- T IV 6- AZ.: 90-66-15 dem Ministerium vorliegen, aufrecht?
XI. 14. Abgeordneter **Wienand**	Sind Beamte, die für den Bundesverteidigungsminister eine Vorlage mit dem Aktenzeichen T/W- T IV 6- AZ.: 90-66-15 betrifft: Sperry-Kreiselzentrale SYP 820 für G 91, erarbeitet haben, durch Bestechungsversuche oder durch gelungene Bestechungen der Firma Sperry oder einer mit der Firma Sperry zusammenarbeitenden deutschen Firma in ein Ermittlungsverfahren verwickelt?
XI. 15. Abgeordneter **Jung**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß Reparaturarbeiten an Fernmelde- und Radargeräten grundsätzlich in Vertragswerkstätten ausgeführt werden müssen und dort oft monatelang liegen bleiben, obwohl speziell vorgebildete Soldaten der Fernmeldeeinheiten in kürzester Zeit diese Arbeiten selbst ausführen könnten, wenn der Truppe hierfür die Erlaubnis erteilt und entsprechende Ersatzteillager zur Verfügung gestellt werden könnten?
XI. 16. Abgeordneter **Jung**	Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob den Fernmeldeeinheiten eine in Frage XI/15 erwähnte entsprechende Lagerhaltung gestattet werden kann, damit zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft Reparaturen kurzfristig von der Truppe selbst ausgeführt werden können?
XI. 17. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**	Was kann die Bundesregierung über ihre Antwort in der Fragestunde vom 24. Juni 1966 hinaus über eine militärische Hilfe der sowjetisch besetzten Zone an Nordvietnam und den Vietkong — vor allem im Hinblick auf die Meldungen in der Welt vom 10. Januar 1967 — mitteilen?
XI. 18. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**	Treffen Meldungen zu, in denen behauptet wird, daß gewisse Einheiten der „Gruppe sowjetischer Truppen in der DDR" im Hinblick auf die Spannungen an der sowjetisch-chinesischen Grenze abgezogen worden seien?
XI. 19. Abgeordneter **Prochazka**	Welche Sofortmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um den sich in letzter Zeit häufenden tödlichen Unfällen, hervorgerufen durch unsachliches und leichtfertiges Hantieren mit Feuerwaffen in den Bundeswehrkasernen, Einhalt zu gebieten?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XII. 1.	Abgeordneter **Matthes**	Wie beurteilt die Bundesregierung den schwarz-gelben Verkehrsstock (Wuppertaler Stock) als Hilfsmittel für alte Menschen und Gehbehinderte im Straßenverkehr?	
XII. 2.	Abgeordneter **Matthes**	Hält die Bundesregierung bei positiver Beantwortung der unter XII/1 gestellten Frage eine entsprechende Ergänzung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung für notwendig?	
XII. 3.	Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)**	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch Modifizierungen des deutschen Tarifrechts beim grenzüberschreitenden Verkehr, insbesondere mit den Niederlanden und der Schweiz, dem Verfall des Frachtniveaus wirksam zu begegnen?	
XII. 4.	Abgeordneter **Schlager**	Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß baldmöglichst am neu eröffneten Zonengrenzübergang Saale-Brücke bei Rudolphstein eine leistungsfähige Autobahn-Raststätte in Betrieb genommen wird?	
XII. 5.	Abgeordneter **Eisenmann**	Wie hoch ist der Anteil des privaten Kraftfahrzeughandwerks an den vorgeschriebenen regelmäßigen Untersuchungen der Automobile im Vergleich zum Technischen Überwachungsverein?	
XII. 6.	Abgeordneter **Eisenmann**	Sind auch die in Frage XII 5 erwähnten privaten Werkstätten an die vom Bundesverkehrsministerium festgesetzten TÜV-Gebühren gebunden?	
XII. 7.	Abgeordneter **Eisenmann**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, das Kraftfahrzeughandwerk mehr als bisher in die gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen der Kraftfahrzeuge mit einzubeziehen?	
XII. 8.	Abgeordneter **Schmidhuber**	Trifft die in einer Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens vom 3. Januar 1967 (Bilanz) aufgestellte Behauptung zu, daß die Beförderung von Bierflaschen in Kisten, die dem Abnehmer (Brauerei) gehören, durch eine Glashütte im Werkverkehr gemäß § 48 des Güterkraftverkehrsgesetzes nicht zulässig ist?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (für XII. 8. bis XII. 10.)
XII. 9.	Abgeordneter **Schmidhuber**	Bei Bejahung der Frage XII/8: Hält die Bundesregierung dieses Ergebnis unter wirtschafts- und verkehrspolitischen Gesichtspunkten für vertretbar?	
XII. 10.	Abgeordneter **Schmidhuber**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um derartige in Frage XII/8 erwähnte Härtefälle zu vermeiden?	

XII. 11. Abgeordneter **Ramms**	Wann gedenkt die Bundesregierung Vorschläge zur Vereinheitlichung des Bahnbus- und Postbusverkehrs vorzulegen?	
XII. 12. Abgeordneter **Faller**	Trifft es zu, daß der Straßengüterverkehr mit der Schweiz hinsichtlich des deutschen Anteils an der beförderten Tonnage rückläufig ist?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
XII. 13. Abgeordneter **Faller**	Treffen Meldungen zu, wonach eine Note des Eidgenössischen Politischen Departements in Bern an das Auswärtige Amt in Bonn wegen eines Staatsvertrages über den Straßengüterverkehr bisher noch nicht beantwortet ist?	
XII. 14. Abgeordneter **Faller**	Ist es richtig, daß die Bundesanstalt für den Güterfernverkehr an ihren Kontrollstationen an der deutsch-schweizerischen Grenze bei einfahrenden Schweizer Lastzügen besonders häufig Überladungen feststellt?	
XII. 15. Abgeordneter **Ramms**	Wie hat sich die Unfallhäufigkeit an Zebrastreifen seit Juni 1964 entwickelt?	
XII. 16. Abgeordneter **Ramms**	Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Bericht von Prof. Herwig (Braunschweig) über das „Fehlverhalten von Kraftfahrern und Fußgängern an Zebrastreifen" zu ziehen?	
XII. 17. Abgeordneter **Bühler**	Wieweit sind die Verhandlungen zwischen den zuständigen Stellen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über den Bau der „zollfreien Straße" Weil am Rhein — Lörrach gediehen?	
XII. 18. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	In welcher Relation stehen die mit der geplanten Auflösung der Bundesbahndirektion Augsburg anfallenden Kosten zu den dadurch notwendig werdenden Kosten für die Erweiterung bzw. Neuerrichtung der Bundesbahndirektion München?	
XII. 19. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Welche personellen und sonstigen Einsparungen sind auf Zeit bei der geplanten Auflösung bei der Bundesbahndirektion Augsburg für den Haushalt der Deutschen Bundesbahn unter Berücksichtigung der Mehrkosten bei der Bundesbahndirektion München zu erwarten?	
XII. 20. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Welche organisatorischen und rationellen Verbesserungen für die Verkehrsbedienung des Raumes der Bundesbahndirektion Augsburg sind im Zusammenhang mit der geplanten Auflösung für diesen Raum zu erwarten?	
XII. 21. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Stillegung der Nebenbahnstrecke Dettelbach/Bahnhof—Dettelbach/Stadt ihrer eigenen Politik der Raumordnung widerspricht, da Dettelbach Bundesausbaugebiet ist?	

XII. 22. Abgeordneter **Dr. Klepsch**	Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die Stadt Koblenz auf der Bundesautobahn bei der Fernbeschilderung in Zukunft berücksichtigt wird, bzw. die gegenwärtige Beschilderung eine entsprechende Ergänzung erfährt, zumal nach dem jetzt erfolgten Ausbau der Abzweigung Koblenz, der noch fortgeführt wird?	
XII. 23. Abgeordneter **Sänger**	Ist die Bundesregierung bereit, den ständig laufenden öffentlichen Omnibusverkehr vor allem in solchen Gebieten, in denen er bisher betriebene Bundesbahnlinien zu ersetzen hat, und in den Gebieten des Zonenrandes vor den neuen Kostenlasten zu bewahren, die durch Erhöhung der Mineralölsteuer für diese öffentlichen Verkehrsmittel entstanden sind?	
XII. 24. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Wird der Bundesverkehrsminister dafür Sorge tragen, daß die Deutsche Bundesbahn im Benehmen mit der Stadt Kaiserslautern mit dem Ausbau des Vorplatzes des Hauptbahnhofes beschleunigt beginnt und zumindest das der Bundesbahn gehörige Trümmergebiet vor dem Bahnhof in einen dringend notwendigen Parkplatz umgestaltet, wodurch auch der Bahnhofsvorplatz endlich einen Anblick bieten würde, der der Bedeutung der Stadt Kaiserslautern entspricht, die als größte NATO-Stadt Europas von vielen Soldaten und Zivilisten besucht wird?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIII. 1. Abgeordneter **Gewandt**	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Waren- und Preiszusammenstellungen in illustrierten Zeitschriften geeignet sein können, zum Vergleich verschiedener Angebote anzuregen und damit den Marktüberblick zu verbessern?	
XIII. 2. Abgeordneter **Gewandt**	Ist es vertretbar, daß illustrierte Zeitungen, die durch ihre Beiträge im redaktionellen Teil zur Markttransparenz beitragen, vom Postzeitungsdienst ausgeschlossen werden?	
XIII. 3. Abgeordneter **Reichmann**	Was geschah mit der Post nach Berlin, welche das kürzlich in Mitteldeutschland abgestürzte Flugzeug der PAA an Bord hatte?	
XIII. 4. Abgeordneter **Walter**	Wäre es nicht vernünftiger gewesen, die innerdeutschen Telefonkosten, wie z. B. die überhöhte Grundgebühr, wenn auch nur geringfügig, zu senken, anstatt die Ferngespräche mit Amerika um 25% zu verbilligen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.* (gilt für XIII. 4. und 5.)
XIII. 5. Abgeordneter **Walter**	Wie hoch sind die Einnahmen und Ausgaben im Telefondienst der Deutschen Bundespost?	

XIII.	6. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Welchen Namen trägt und welche Dienststellung bekleidet der Verfasser des dem § 49 der Allgemeinen Dienstanweisung der Deutschen Bundespost V, 2 vorgehefteten Merkblatts über den Wertsack?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

XIV.	1. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von Prof. Dr. Arnold Bergstraesser gegründete Forschungsstelle für Weltzivilisation in Freiburg, die gleichzeitig Leitstelle des Freiburger Ringes für sozial- und kulturwissenschaftliche Dokumentation über Entwicklungsländer ist, zum Jahresbeginn 1967 wegen anscheinend unüberwindbarer finanzieller Schwierigkeiten ihre Tätigkeit einstellen mußte?
XIV.	2. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in Frage XIV/1 genannte Forschungsstelle für Weltzivilisation internationale Anerkennung gefunden hat, namentlich wegen ihrer hervorragenden Dokumentationsarbeit?
XIV.	3. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, eine Weiterarbeit der in Frage XIV/1 genannten Forschungsstelle doch noch sicherzustellen?

XV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XV.	1. Abgeordneter **Geldner**	Welche Feststellung hat die Bundesregierung hinsichtlich der Durchführung des Gesetzes über Detergentien in Wasch- und Reinigungsmitteln aus dem Jahre 1961 getroffen?
XV.	2. Abgeordneter **Geldner**	Sind Pressemeldungen zutreffend, wonach ein 80%iger Abbau der neuen waschaktiven Substanzen in Flüssen und Abwässerreinigungsanlagen erfolgt?
XV.	3. Abgeordneter **Geldner**	Hält die Bundesregierung die bisher festzustellenden Ergebnisse über den Abbau von Detergentien für befriedigend?
XV.	4. Abgeordneter **Ollesch**	Wie hoch schätzt die Bundesregierung z. Z. den Schwesternmangel in Deutschland?
XV.	5. Abgeordneter **Ollesch**	Wieviel Krankenstationen sind schätzungsweise aus Mangel an Pflegepersonal geschlossen?

XV. 6. **Abgeordneter Dr. Rutschke**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die schätzungsweise 1,2 Millionen Zuckerkranken in Deutschland, die wohl nicht wissen, daß sie Diabetiker sind, zu Erkennungsuntersuchungen zu bewegen?

XV. 7. **Abgeordneter Dichgans**

Wie rechtfertigt es die Bundesregierung angesichts der Erklärungen, die die Bundesgesundheitsministerin am 9. Dezember 1966 in der Fragestunde zu den schädlichen Folgen des Fluglärms abgegeben hat, daß die Bundespost erstmals zu Weihnachten 1966 eine Durchbrechung des Nachtstartverbots für Strahlflugzeuge in Lohausen, das jahrelang zum Schutz der Bevölkerung streng durchgehalten worden war, betrieben und erreicht hat?

XV. 8. Abgeordneter **Dichgans**

Ist die Bundesregierung bereit zu erklären, daß die Bundesverwaltungen in Zukunft den Schutz der Bürger vor den sogenannten technischen Fortschritt stellen werden, soweit dieser zu Lasten der menschlichen Gesundheit geht?

Bonn, den 13. Januar 1967